

Frankfurter Erklärung

Grün 2009

Klima und Arbeit - Gerechtigkeit und Freiheit

Fraktionbeschluss vom 12 Januar 2009

Die Welt steht in einem Zeitenbruch. Die Vorherrschaft der neoliberalen Weltdeutung endet dramatisch. 28 Jahre nach der ersten Wahl von Ronald Reagan zum Präsidenten der USA hat eine finanzmarktdominierte Globalisierung die Weltwirtschaft in die schwerste Krise seit 1929 geführt. Die Talsohle der Krise ist nicht abzusehen.

Die Wirtschaftskrise ist global und im hiesigen Arbeitsmarkt angekommen. Die Exporte brechen ein. In Deutschland wird kurzgearbeitet, zwangsgeurlaubt. Entlassungen und die Beendigung von Zeitverträgen treiben die Arbeitslosenzahlen nach oben.

Die Finanzmarktkrise offenbart ein globales Marktversagen – das gleiche Marktversagen, das den Klimawandel treibt, die Welternährungskrise verursacht und sich in der umfassenden Ressourcenkrise niederschlägt. Es handelt sich um ein globales Marktversagen, das von einem Versagen der Staaten ausgelöst und begleitet wird. Es fehlen Regeln für nachhaltige Finanzmärkte ebenso wie Regeln, die eine klimaschonende und gerechtere Lebens- und Produktionsweise sichern. Es gibt aber nicht nur ein Versagen des Marktes, sondern auch der Manager.

Verantwortliche Politik muss diesen Krisen entschlossen entgegentreten. Die Globalisierung bedarf umfassender ökologischer, ökonomischer und sozialer Regulierung. Eine zentrale Rolle kann und muss dabei die Europäische Union spielen. Sie muss eine globale Vorreiterrolle beim ökologischen und sozialen Umbau der Weltwirtschaft wahrnehmen. Denn einen *Green New Deal* wird es nur als einen europäischen geben. Deshalb müssen bei den Europawahlen die Weichen für eine solche Politik gestellt werden.

Gleichzeitig muss dem drohenden Abschwung entgegengewirkt werden. Das geht nicht, wenn man die globalen Krisen gegeneinander ausspielt. Klimawandel, Finanzmarktkrise, Ressourcenkonkurrenz warten nicht aufeinander – sie verstärken sich gegenseitig.

Angesichts dieser Herausforderung offenbart die Bundesregierung ein erschreckendes Maß an Lethargie gepaart mit wirkungsloser Symbolpolitik. Anstatt die Nachfrage von Geringverdienern zu stärken, senkte sie die Kfz-Steuer für Neufahrzeuge - sogar für große CO₂-Schleudern. Mit Hingabe streiten sich CDU, CSU und SPD über Steuerentlastungen für Besserverdienende oder Bezugsscheine für den *MediaMarkt*.

In Europa wird diese Bundesregierung nicht als Partner bei der Lösung der Probleme angesehen. Das wirtschaftlich stärkste Land der EU ist im Abschwung zum Problem für Europa geworden.

Ein Konjunkturunbruch kann nicht verhindert werden. Ihm muss aber entgegengesteuert, seine negativen Auswirkungen können gedämpft und die Lasten der Krise müssen gerecht verteilt werden. Vor dieser Aufgabe versagt die Große Koalition.

Investieren in Klima, Gerechtigkeit und Bildung

Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman hat die Bundesregierung für ihr Nicht- und ihr Falschhandeln in der größten Wirtschaftskrise vernichtend kritisiert. Jetzt ist es notwendig in die Zukunft zu investieren und dadurch die wegbrechende Nachfrage zu stärken.

Grüne stehen für ein nachhaltiges Investitionsprogramm, das dort investiert, wo wir ohnehin gigantische, auch strukturelle Probleme haben. So schaffen wir neue Arbeitsplätze und reduzieren die Folgekosten, die auf uns zukämen, wenn wir in diesen Bereichen nicht investierten.

Grüne stehen für kurz- und mittelfristige Investitionen, die das Land ökologisch und sozial modernisieren. So, wie die Industriegesellschaft eine Neudefinition war, müssen wir heute unsere Gesellschaft grundlegend neu definieren. Schutzschirme über das Alte zu spannen, greift zu kurz.

Wir brauchen einen neuen, grünen Gesellschaftsvertrag. Anders leben, das heißt anders wohnen, anders transportieren und anders produzieren. Wir wollen die Umstellung auf eine kohlenstoffarme, klimaneutrale Wirtschaftsweise jetzt offensiv betreiben. **An dieser Ausrichtung auf die Zukunft messen wir alle Reformen und auch Konjunkturpakete.**

Wir stellen fest: Die Vorlage der Großen Koalition ist nur ein Sammelsurium und Flickwerk ohne den Anspruch auf die Gestaltung der Zukunft dieses Landes. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung dient vielleicht dem Koalitionsfrieden, aber es dient nicht den Menschen und nicht dem Land.

Das Paket hat eine soziale und ökologische Schiefelage. Statt Geringverdiener durch eine Anhebung des Arbeitslosengeldes 2 und einen Mindestlohn zu unterstützen, gibt es Steuerentlastungen mit der Gießkanne. Anstatt einen Nachfrageimpuls für sparsame und moderne Fahrzeuge zu schaffen, wird der Absatz von Spritfressern mit der Abwrackprämie subventioniert.

Heute schon muss die Große Koalition die handwerklichen Fehler der letzten Wochen dramatisch korrigieren. Der beabsichtigte Deutschlandfonds zur Behebung der Kreditklemme ist nichts als die Nachbesserung des fehlerhaften Finanzmarktrettungspaketes. Von Bankern für Banken geschrieben, haben die Regierungspartner CDU, CSU und SPD damit Milliardenbeträge versenkt, ohne dass spürbar ein Kreditangebot für die Wirtschaft entstanden wäre. Wir Grüne haben von Beginn an für eine verpflichtende Teilverstaatlichung und Einflussnahme auf die Kreditvergabe plädiert.

Krisen sind Zeiten der mutigen Entscheidungen und politischen Gestaltung. Diese Koalition will und kann das nicht.

Klima: Gute Umwelt für mehr Arbeit

Nicht blinde Ausgaben in Beton, sondern gezielte Investitionen zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit von Industrie und Handwerk schaffen und sichern Arbeitsplätze.

- ↳ Mit der **Einrichtung eines Energiesparfonds** in Höhe von **3 Mrd. Euro** sollen die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mittels Einsparung von Energieverbrauch finanziell entlastet werden.
- ↳ Das **CO₂-Gebäudesanierungsprogramm** soll insgesamt um zusätzlich **1 Mrd. Euro** aufgestockt und besser qualifiziert werden. Das hilft dem Handwerk wie der Baustoffindustrie.
- ↳ In den **Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)** und der **Wärmenetze** sollen deshalb **750 Mio. Euro** fließen.
- ↳ Zudem brauchen wir den **Ausbau der Stromnetze** in öffentlicher Hand. **1 Mrd. Euro** sollen in ihre Modernisierung fließen.
- ↳ Wir müssen den **Kommunalen Investitionsstau auflösen**, indem die Investitionsförderung gerade für Kommunen mit Nothaushalten nur sehr geringe oder gar keine Ko-Finanzierung verlangt.

- ↪ Mit einem **Marktanreiz- und Forschungsprogramm für Elektromobilität** von 500 Mio. Euro soll gezielt der Aufbau einer Infrastruktur für Elektromobilität gefördert werden.
- ↪ **Sanierung der Verkehrsinfrastruktur, Ausbau der Schienenwege und Förderung des ÖPNV:** Mit zusätzlich **1,7 Mrd. Euro** sollen in erster Linie die Schieneninvestitionen erhöht werden.

Gerechtigkeit: Nachfrage stärken

Wollen wir die Inlandsnachfrage stärken, müssen gezielt die Haushalte entlastet werden, die zusätzliches Einkommen auch in neue Anschaffungen stecken (müssen). Will man kein bloßes Strohfeder initiieren, muss die Kaufkraftstärkung für Geringverdiener dauerhaft und nicht durch einmalige Schecks geschehen. Notwendig sind deshalb eine Anhebung von Transfereinkommen und Niedrigverdiensten sowie eine Entlastung von Niedrigverdienern bei den Sozialversicherungsbeiträgen.

Steuersenkungen begünstigen überproportional gerade diejenigen, die heute schon große Teile ihres Einkommens sparen.

- ↪ **Erhöhung Regelsätze SGB II:** Die Regelsätze für Sozialleistungen nach dem SGB II und dem SGB XII sollen sofort auf **420 Euro** angehoben werden.
- ↪ **Lohnnebenkosten senken:** Um die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich auf Arbeitnehmer und Arbeitgeberseite gezielt und spürbar zu senken, soll das **Grüne Progressiv-Modell** sofort umgesetzt werden. Für alle Einkommen bis 2 000 Euro sollen die Beitragssätze langsam und stufenlos ansteigen. Gerade bei Geringverdienern kommt es darauf an, dass die Leute mehr von ihrem Brutto in der Tasche haben.
- ↪ **Mindestlöhne einführen:** Es ist unverzüglich eine Mindestlohn-Kommission nach dem Vorbild von Großbritannien einzurichten, die mit Sozialpartnern und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Empfehlungen für die Höhe von Mindestlöhnen erarbeitet, damit diese dann eingeführt werden.

Bildung

Eine bessere Bildungsinfrastruktur ist die zentrale Gerechtigkeitsfrage. Bildung ist zudem die wichtigste Ressource, die ein rohstoffarmes Land wie Deutschland hat.

Gerade was die Qualifikation seiner Arbeitnehmer angeht, fällt Deutschland im Vergleich mit dem Durchschnitt der Industrieländer weiter zurück. Gerade in der Krise muss alles getan werden, um einen drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dazu bedarf es massiver Investitionen in Bildung.

- ↪ Die vernachlässigten **Schulen, Hochschulen und Kitas** müssen saniert werden.
- ↪ **Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen ganztägigen Kita-Platz:** Dafür sind in den nächsten beiden Jahren **5,3 Mrd. Euro** nötig.
- ↪ **Gebundene Ganztagschulen:** Anstatt das Ganztagschulprogramm auslaufen zu lassen, wollen wir mit **4,8 Mrd. Euro** den Umbau der Schulen zu gebundenen Ganztagschulen vorantreiben.
- ↪ **Zusätzliche Studienplätze:** Allen Studierwilligen soll ein Studienplatz geboten werden. Dafür sind in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt **2,4 Mrd. Euro** nötig. So lassen sich 230.000 zusätzliche Studienplätze einrichten und sachgerecht ausstatten.

Grüne Wegmarken in 2009

In den vergangenen drei Jahren hat die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag in fast allen Bereichen der Politik neue Konzepte erarbeitet. Wir haben die Oppositionszeit zur inhaltlichen Erneuerung genutzt und dabei an manchen Stellen auch unsere alten Positionen hinterfragt.

Im Jahr 2009 werden wir uns auf besondere Schwerpunkte konzentrieren und die Zusammenarbeit mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen intensivieren.

Es ist ein Jahr der Entscheidungen und ein Jahr der Kampagnen.

Wahlen

Schon heute kämpfen wir dagegen, dass das Versagen der SPD in Hessen Roland Koch mit einer eigenen Mehrheit belohnt. Bei den bevorstehenden Kommunalwahlen werden wir u. a. in den großen Flächenstaaten wie Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg um starke grüne Vertretungen in den Rathäusern kämpfen. Bei der Europawahl haben wir ein sehr gutes grünes Ergebnis zu verteidigen. In Thüringen, Sachsen und dem Saarland stehen Grüne vor schwierigen Landtagswahlen.

Doch all diese Wahlen sind nur das Vorspiel zu der Entscheidung, ob auf vier Jahre Große Koalition, mitten in der Finanzmarktkrise, nun plötzlich schwarz-gelb mit den gescheiterten Rezepten des Neoliberalismus das Land regiert, sich Deutschland weiter schwarz-rot blockiert oder es einen neuen Aufbruch für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Politik in Deutschland gibt.

Wir Grünen wollen so stark werden, dass an uns kein Weg vorbei führt.

Dafür unseren engagierten Beitrag zu leisten, das wird die Arbeit unserer Bundestagsfraktion in 2009 bestimmen.

Eine Million Jobs

Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen so verändern und die Milliarden Euro so gezielt einsetzen, dass daraus die Jobs der Zukunft geschaffen werden. Und zwar in allen Bereichen, egal ob im Mittelstand oder in der Großindustrie. Denn das Potenzial ist riesig, wenn wir gezielt investieren: in Einsparung, in Effizienz und in Erneuerbare Energie, Infrastruktur und neue Technologien.

Stilllegung von Biblis, Brunsbüttel, Neckarwestheim

Wir wollen gemeinsam mit Greenpeace und vielen Umweltverbänden daran arbeiten, die sieben ältesten Atomkraftwerke endgültig vom Netz zu nehmen, die Rückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds zu überführen und eine Brennelementesteuer einzuführen.

Klimaschutz weltweit

Nach dem Vertagen von Poznan und nach dem Umfallen Europas beim Klimaschutz, muss in diesem Lande alles dafür getan werden, dass Deutschland und die Europäische Union vom Blockierer wieder zum Vorreiter beim internationalen Klimaschutz wird. Das geht nicht mit zusätzlichen Kohlekraftwerken. Wir kämpfen mit denen, die sich vor Ort in den Bündnissen gegen neue Kohlekraftwerke engagieren.

Mehr Bildung

CDU und CSU haben über ihre verfehlte, nur auf die eigene Klientel zielende Bildungspolitik massive Stimmenverluste bei den Landtagswahlen erlitten. Bildungspolitik ist eine Gerechtigkeits- und eine Ressourcenfrage. Es muss mehr in Bildung investiert werden – durch den Bildungssoli.

Demokratie und Bürgerrechte in Deutschland

60 Jahre Grundgesetz feiern wir in 2009 und die friedliche Revolution vor 20 Jahren, die zum Fall der Mauer führte. Demokratie und Grundrechte müssen aber nicht nur gefeiert, sondern auch täglich verteidigt und durchgesetzt werden.

Abrüsten

In ihrem 60sten Jahr sucht die NATO 20 Jahre nach dem Fall der Mauer immer noch nach ihrer Bestimmung. Aber mit der Wahl von Barack Obama eröffnet sich eine neue Chance für eine Politik globaler Abrüstung. Eine Welt ohne Atomwaffen – das fordern auch Henry Kissinger, Helmut Schmidt und Richard von Weizsäcker. Abrüstung statt Eindämmung, Nichtverbreitung statt Nuklearexport, das sind die Pfeiler einer konsequenten weltweiten Abrüstung.

Globale Gerechtigkeit

Klimawandel und Finanzkrise haben das Welthungerproblem dramatisch verschärft. Mittlerweile sind eine Milliarde Menschen bedrohlich chronisch unterernährt. Die internationalen Leitlinien zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung, 2004 auf Initiative von Renate Künast verabschiedet, müssen endlich mit Leben erfüllt werden. Der Kampf gegen Hunger und extreme Armut steht im Mittelpunkt unserer Politik für mehr globale Gerechtigkeit.

Freiheit statt Angst

Die Kette der Überwachungs- und Datenskandale reißt nicht ab. Freiheit statt Angst. Zur Freiheit gehört auch ein Grundrecht auf Privatheit. Zur Freiheit gehört das Recht über seine Daten selbst zu bestimmen und auch die Pflicht die Zeugnisverweigerungsrechte spezieller Berufsgruppen zu verteidigen. Zur Freiheit gehört auch der Erhalt und Ausbau eines offenen Internets ohne technische oder wirtschaftliche Einschränkungen.